

Ein Jahr nach Kriegsbeginn

«Wir nähern uns dem 24. Februar und haben grosse Lust auf Frieden. Das Wetter ist sehr schön, es liegt noch etwas Schnee und es riecht ein wenig nach Frühling.» Mit diesen Worten beginnt unser Korrespondent aus der Ukraine seinen Brief, der über die Stimmung nach einem Jahr Krieg erzählt und über verschiedene zivilgesellschaftliche Initiativen berichtet.

Ihor Mitrov, ein junger ukrainischer Dichter aus Kertsch am Asowschen Meer, der im Februar 2022 freiwillig zur Armee ging, gab kürzlich ein langes Interview, in dem er sich differenziert über seine Erfahrungen äusserte. Er bereut seine Entscheidung nicht. Gleichzeitig entgegnet er den Leuten, die behaupten, dass ihn der Krieg mit wertvollen Erlebnissen bereichert, vorausgesetzt, er überlebt: «Nein, keine Spur. Der Krieg ist keine Schule, der Krieg ist eine Strafe.»

Ein kleiner Hoffnungsschimmer: Mehrere Kameraden aus der Einheit unseres Freundes Maksym Butkevych¹, Journalist und Menschenrechtsaktivist, wurden seit Neujahr freigelassen. Einer von ihnen hat berichtet, dass es Maksym vergleichsweise gut geht und er seine Moral bewahrt. Er soll sich in einem Gefängnis in der Oblast Luhansk befinden, in einer Zelle mit anderen Offizieren der ukrainischen Armee. Heute (Freitag, 10. Februar) ging erneut ein Raketenhagel auf die Ukraine nieder und wir sitzen seit einigen Stunden im Dunkeln. Die Kinder wurden nach mehr als zwei Stunden in den Schutzräumen aus der Schule in unserem Karpaten-Dorf Nischnje Selischtsche entlassen. Aber all das sieht nach Routine aus. Keine Routine natürlich für diejenigen, die das Pech haben, zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein.

Kindern eine Stimme geben

Unsere Künstlerfreundinnen Nastya und Genia besuchten vor zehn Tagen in Kramatorsk das Tato-Hub, ein unabhängiges soziales und kulturelles Zentrum, um mit Kindern zwischen fünf und siebzehn Jahren Postkarten mit ihren Lieblingsplätzen in der Stadt zu gestalten und die dazugehörigen Geschichten zu erzählen.² Das ist eine Möglichkeit, ihnen eine Stimme zu geben und ihnen das Gefühl zu vermitteln, dass sich jemand in dieser Welt für sie interessiert. Diese Kinder sind seit fast einem Jahr in Wohnungen und Kellern eingesperrt. Keine Schule, kein Sport, kein soziales Leben.

Die Lage in Kramatorsk und Umgebung hat sich verschlechtert. Der Leiter des Tato-Hubs schrieb uns vor drei Tagen, dass er das Lokal aus Sicherheitsgründen schliessen musste, das ist traurig. Denn das Zentrum war der letzte Ort, der Präsenzaktivitäten anbot. Bei unserem Treffen im letzten Dezember hatte er erzählt, dass in Kramatorsk derzeit 70.000 Menschen leben, darunter zahlreiche Kinder. Viele von ihnen waren zu Beginn des Krieges weggegangen und im Herbst zurückgekehrt. Es ist unwahrscheinlich, dass sie wieder weggehen, selbst wenn die Front näher rückt.

Gefährliche Evakuierungen

Zum gleichen Thema rief uns vor einigen Tagen unsere Bekannte Katja an; sie arbeitet bei der Organisation «Die Elche des Hl. Nikolaus», die seit 2014 in der Ostukraine tätig ist. Sie kam gerade von Bakhmut zurück. Sie war schockiert über die Anwesenheit von immer noch 200 Kindern in dieser Stadt, in der es kein Haus mehr gibt, das nicht von Granaten getroffen wurde. Da sie das Gästehaus im Dorf Nischnje Selischtsche, wo ich lebe, kennt, bat sie uns um Hilfe, so vielen Kindern wie möglich eine – zumindest vorübergehende – Perspektive nach ihrer Evakuierung zu ermöglichen. Wir sind bereit. Jetzt müssen nur noch die Eltern überzeugt werden (das ist der schwierigste Teil) und der Transfer muss organisiert werden. Wir bleiben am Ball. Bakhmut wurde vor zwei Tagen für Zivilist·inn·en geschlossen, was die Evakuierung noch komplizierter machen wird.

Gegen die Korruption

Unsere Freunde und Freundinnen von der Gruppe Base·UA haben es geschafft, zwei grosse Familien (14 Personen) aus Siversk, in der Nähe von Bakhmut, in zwei Häuser zu evakuieren, die sie im Süden der Ukraine, nicht weit von Moldawien, gekauft haben. Das scheint eine gute Wahl zu sein, da die Preise für Häuser dort mit 3000 € sehr niedrig sind, die Leute konnten sofort einziehen.³ Einer der Kollegen von Base·UA, ein medizinischer Freiwilliger aus den USA, wurde leider im Januar bei einer Evakuierung aus Bakhmut durch Granatenbeschuss getötet.

Die Provinz Transkarpatien, in der ich lebe und die sich im westlichsten Teil der Ukraine befindet, ist in vielerlei Hinsicht nicht sehr repräsentativ für die Ukraine, weder in Kriegs- noch in Friedenszeiten. Als wir nach Neujahr nur noch 4-5 Stunden Strom pro Tag hatten, waren wir plötzlich stärker betroffen und es kam zu vereinzelt Protesten, vor allem dort, wo es offensichtlich zu einer Ungleichbehandlung bestimmter Stadtteile oder Unternehmen kam. Die Proteste und vielleicht auch eine etwas bessere allgemeine

Versorgungslage haben dazu geführt, dass wir derzeit zu 50 Prozent oder mehr mit Strom versorgt werden. Leider ist aber die Antikorruptionsbewegung in unserer Region nicht stark genug. (...) Die Korruption in der Armee, deren Beweise Enthüllungsjournalist-inn-en kürzlich veröffentlicht haben, hat hier kaum jemand überrascht. (...) Es besteht kein Zweifel daran, dass die Korruption nicht von heute auf morgen verschwindet, aber auch dieser Kampf wird an vielen Fronten geführt. Der Verteidigungsminister wird offenbar bald ausgetauscht, und noch wichtiger ist es, dass die vom Ministerium getätigten Einkäufe nun veröffentlicht werden. Drei Vizeminister im Verteidigungsministerium wurden heute Morgen durch vertrauenswürdige Personen ersetzt.

Jürgen Kräftner,
am 10. Februar 2023

1. Siehe Archipel Nr 317, Sept. 2022: «Freiheit für Maksym Butkevych» und Nr. 319, Nov. 2022: «Schon siebeneinhalb Monate Krieg»

2. Hier findet ihr den Bericht über ihre Reise auf Deutsch als pdf:
www.dropbox.com/s/pgbc4gcpa6minz4/PostkartenausKramatorsk.pdf?dl=0

3. Was die Unterbringung von Geflüchteten betrifft, ist Transkarpatien die teuerste Region für die Miete von kleinen Wohnungen geworden. In Uschhorod kostet die Miete für eine Ein-Zimmer-Wohnung durchschnittlich über 400 €! Die Vermieter-innen bereichern sich offenbar schamlos.

UKRAINE/SOZIALES

Neoliberaler Sozialabbau II

Wir veröffentlichen hier den 2. Teil des Interviews mit Vladislav Starodubtsev, einem Historiker, der sich auf Mittel- und Osteuropa spezialisiert hat und Aktivist von «Sotsialnyi Rukh» ist, der linken ukrainischen Organisation «Soziale Bewegung». Im Zentrum des Gesprächs steht die Frage der sozialen Folgen des Krieges für die Ukrainer-innen.*

A: Aber es gibt auch positive Aspekte. Soweit ich weiss, gibt es in der Ukraine Traditionen von erfolgreichen Arbeitskämpfen, vor allem in der Schwerindustrie und im Kohlebergbau.

VS: Der letzte erfolgreiche Streik fand im September oder Oktober 2022 in Novovolynsk statt und wurde von den Kohlearbeitern gegen einen korrupten Boss geführt, der seit dem Krieg im Amt war. Der Streik war erfolgreich und der Leiter wurde entlassen. Das heisst, selbst während des Krieges kann man Streiks organisieren und gewinnen. Das Problem ist, dass die Branche im Niedergang begriffen ist und keine Zukunftsperspektive hat. Heute sind vom Kohlebergbau der späten UdSSR in der Ukraine wahrscheinlich nur noch etwa 10 Prozent übrig. Und die dazugehörige Industrie ist aus Umweltgründen dem Untergang geweiht, ohne dass es entsprechende Sozialpläne oder Sozialhilfe für die Arbeiter-innen gäbe.

A: Die Kohlebergwerke befinden sich doch hauptsächlich in den besetzten Gebieten?

VS: Ja, aber in der Zentralukraine gibt es ein Beispiel für einen Streik in Kryvyi Rih. Die Bergarbeiter streikten für höhere Löhne und gegen Reformen im Bergbau. Mehrere Bergwerke schlossen sich diesem Kampf an, der mit Zugeständnissen des Managements und einer Lohnerhöhung von 20 Prozent endete. Das heisst, wenn sich die Arbeiterklasse organisiert, erreicht sie in der Regel Zugeständnisse. Das Problem ist, dass es an politischer Repräsentation mangelt, d. h. an der Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen. Die Menschen verstehen nicht, was sie tun können, sie kennen nicht einmal ihre Rechte. Sie verfügen nicht über

eine Kultur des Protests und der Verteidigung ihrer Rechte. Wir brauchen politische Alphabetisierung und politische Repräsentation, politische Organisationen.

A: Es gibt hier Nuancen, die für unsere westlichen Leser·innen nicht leicht zu verstehen sind. Zelensky ist von Leuten umgeben, die in staatlichen Regelungen das Schreckgespenst der Sowjetunion sehen und daher völlig antisoziale Theorien vertreten.

VS: Das ist richtig. Das politische Denken in der Ukraine hinkt dem Westen um 30 Jahre hinterher. Es werden immer noch Margaret Thatcher, Ronald Reagan und bestenfalls Tony Blair zitiert. Dementsprechend wäre es ausreichend, alle Regulierungen abzuschaffen und alles wird besser. Wenn wir alle produktiven Kräfte der Unternehmen von Regeln befreien, werden sie Alles schaffen – Investitionen und Arbeitsplätze.

A: Das ist Sozialdarwinismus.

VS: Ja. Doch seit dem Krieg haben einige dieser Leute begonnen, ihre Meinung zu ändern, darunter auch Zelensky. Er hat kürzlich einige wichtige Unternehmen verstaatlicht. Und seine Partei spricht sich neuerdings für Steuererhöhungen aus. Ein weiteres Beispiel: In der Agrarpolitik ist es unmöglich, ohne Subventionen die Aussaat zu bestellen, da die Kosten für Saatgut stark angestiegen sind. Daher ist die Regierung gezwungen, den gesamten Sektor zu subventionieren, da er sonst völlig zusammenbricht. Das führt zu der Erkenntnis, dass der neoliberale Ansatz hier nicht funktioniert. Aber längst nicht alle wollen das einsehen.

A: Leider fließen die Agrarsubventionen fast ausschliesslich in die Taschen der Agrarindustrie, während die kleinen und mittleren Betriebe sich selbst überlassen bleiben.

VS: Das ist richtig, und das ist begleitet von dieser absurden postsowjetischen Logik, dass alles zusammenbrechen muss, dass wir ein besseres Investitionsklima schaffen werden und dass es daraufhin Arbeit geben wird und alle gut leben werden. Ich erinnere mich an ein Zitat, das mich als Osteuropahistoriker sehr beeindruckt hat: Nach der samtenen Revolution in der damaligen Tschechoslowakei erklärte ein Wirtschaftsminister in einem Interview, dass er, als er sagte, dass der Staat eine Industriepolitik betreiben sollte, als Kommunist beschimpft und vor die Tür gesetzt worden sei. Wir befinden uns in der gleichen Situation. Manchmal verstehen die Leute an der Macht, dass bestimmte Massnahmen ergriffen werden müssen, aber sie sind in einem Denkschema gefangen, aus dem sie nicht ausbrechen können. Das ist ein riesiges Problem. Unsere gesamte Wirtschaftspolitik basiert auf dem Ansatz, dass wir zuerst die Unternehmen unterstützen müssen, damit die Unternehmen alle unterstützen. Und im Idealfall sollte der Staat gar nicht existieren. Oder, im schlimmsten Fall, sollte der Staat nur die Unternehmen unterstützen. Denn wenn er die Unternehmen unterstützt, werden diese für das Wohlergehen ihrer Arbeitnehmer·innen sorgen. Das ist die Logik.

A: Du bist auch international vernetzt. Welchen Beitrag könnten ausländische Gewerkschafter·innen, Politiker·innen oder Fachleute in Sachen ukrainischer Sozialpolitik leisten?

VS: Zunächst einmal können internationale Gewerkschaften Druck auf unsere Regierung ausüben, denn sie ist sehr abhängig von der Meinung im Westen und von den westlichen Partner·inne·n. Unsere Politiker·innen achten sehr genau auf alle Signale aus dem Westen. Wenn es im Westen heisst: «Was für eine schreckliche Sozialpolitik in der Ukraine», dann hat das hier Konsequenzen. Das heisst, es gibt eine enorme Möglichkeit der Einflussnahme, wenn Sie diese Themen ansprechen. Zum Beispiel kam ein Vertreter der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zu uns und sprach sich gegen diese neoliberalen Sozialreformen aus. Die grössten Gewerkschaften und wir haben uns ebenfalls gegen diese ausgesprochen, was den Prozess teilweise zum Stillstand gebracht hat. Der Sozialabbau wurde nicht völlig gestoppt, aber es kam zu einem zusätzlichen Druck auf die Regierung.

Das Problem ist, dass es während des Krieges sehr schwierig ist, solche Fragen aufzuwerfen, ganz einfach aufgrund der Tatsache, dass viele Arbeitnehmer·innen mobilisiert sind und der Grossteil des Medienraums vom Krieg eingenommen wird. Aber wenn man es tut, funktioniert es. Und natürlich ist es jetzt notwendig, Kontakte zu ukrainischen Aktivistinnen und Aktivisten aufzubauen, um humanitäre Hilfe zu leisten; die linken Gruppierungen zu treffen, die sich an der Front engagieren und eine direkte Kommunikation an der Basis zwischen Gewerkschaften aus dem Ausland und der Ukraine herzustellen. Das ist sehr hilfreich.

(Das Interview wurde von unserem Ukraine-Korrespondenten Jürgen Kräftner geführt)